

Erchint wöchentlich zweimal mit illust. Sperrblatt. Illust. Gratis-Zeitschriften: „Der Welt-Spiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Ull“, „Haus Hof Garten“ und „Jugendspiegel“.



Einseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 18, Jerusalemstrasse 49-51.

Berliner Tageblatt

Nr. 463
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung
57. Jahrgang
Sonntag, 30. September 1925

Sancho Pansa.

T. W. Übermorgen werden die Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin zusammenkommen und ihr Urteil darüber abgeben, ob der Reichskanzler Hermann Müller in Genf die deutschen Interessen klug und energisch vertreten hat. Da nur ganz abgebrühte Menschen, denen die Umkehrung der Tatsachen ein Gewerbe und ein Prinzip ist, behaupten können, Müller habe es an Entschiedenheit fehlen lassen, ist das Ergebnis dieser Nachprüfung nicht zweifelhaft. Es gibt in den Reihen derjenigen, die sonst hinter dem Reichskanzler oder neben ihm stehen, kritisch gestimmte Freunde, die sogar von einer Ueberspannung der Energie sprechen und es für falsch halten, dass Hermann Müller jede Bindung über das Räumungsjahr 1935 hinaus abgelehnt hat und auch von einem „Schlichtungskomitee“ mit Dauerwirkung nichts wissen will. Das würde, sagen sie, doch eine ganz harmlose, eigentlich sehr praktische Einrichtung sein, und auch Briand selbst hat vor einigen Tagen dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ in Genf erklärt, nach der Einsetzung des Komitees werde man jeden Zwischenfall durch freundschaftlichen Vergleich erledigen können und nicht mehr genötigt sein, solche Angelegenheiten in Kampfstellung vor den Völkerbund zu bringen. Hier scheint, dass die deutsche Politik sich bisweilen, zum Beispiel in der Abrüstungsfrage, zu sehr ins theoretische vertieft und für die Lösung von Rebusen, wie da immer wieder durch andere Rebusse ersetzen wird, zu viel Tatkraft verausgabt, statt alle Kraft auf die Erreichung realer Gewinne zu konzentrieren und nur auf reale Ziele loszugehen. Es ist aber nicht graue Theorie, wenn man die Idee des dauernden Schlichtungskomitees für unannehmbar erklärt. Briand, der jetzt den meisten als ein entlarvter Gaukler gilt, hat sich in Wahrheit gar leicht gewandelt — er ist nur, wie es möglich sein soll, gleichzeitig oder abwechselnd zwei Frauen mit heisser Liebe zu lieben, gewissermassen polygam in der Politik und zwei Idealen treu. Aber er begreift den allerschwersten denkfehler, den schlimmsten psychologischen Irrtum, wenn er glaubt, dass eine Ideal lasse sich zusammen mit einem andern verwirklichen und eine Institution, die immer als ein Ueberbleibsel der Besatzungsbehörde erscheinen, immer an diese Zeit erinnern müsste, würde kein Hindernis für eine herzliche Verständigung zwischen den beiden Völkern sein. Man hat zwischen zwei unvereinbaren Dingen zu wählen, hat zu entscheiden, ob man die deutsch-französische Annäherung und die Ueberwindung des nationalistischen Geistes oder ein neues Komiteegebilde für richtiger hält. Und man kann, soll nicht der erstrebliche flüchtige Eindruck zerstört werden, ebenso wenig für die Ernährungspolitik, vor die Politik der Rheinland-erfreuung, ein Wächterhäuschen stellen, wie vor die Tempel der Akropolis ein W. C.

Die Genfer Rede Briands und der Ausgang der Räumungsdiskussion hatten schreibfleissigen Hörern der deutschen Ehre den erwünschten Anlass gegeben, rohlockend zu verkünden, Deutschland habe, o Glück, eine gewaltige Ohrfeige erhalten, und die deutsche Aussenpolitik habe nun endgültig bankrott gemacht. Nachdem die Spiegelbergpresse, immer geheim oder öffentlich mit allen Putschisten und politischen Abenteuerern verbündet, das von ihr erreichbare Terrain hinreichend mit Petroleum begossen hatte, schritten die „Führer“ zur zündenden Tat. Wie man weiss, trat am vorigen Montag in einem Tanzlokal in der Hasenheide eine Versammlung von Stahlhelmern, Deutschenationalen, sogenannten vaterländischen Verbänden, völkischen Rasseschützern und anderen staatsklugen Ercheinungen stattgefunden, in der von redewandten Offizieren a. D. die Locarno-Politik niedergesäbelt, der heutige Staat mit unwiderstehlichen Kraftworten bombardiert und zur Errettung des deutschen Volkes aus dem „Abgrund“ ein Volksentscheid über die Beseitigung der „Verfassung angekindigt“ worden ist. Denn es scheint, dass das deutsche Volk sich dank der republikanischen „Verfassung“ in einem Abgrund befindet, während wir anderen in dem Glauben leben, dass es der Republik gelungen sei, durch stetige Arbeit und durch mutige Uebernahme der Verantwortung Deutschland aus dem Abgrund, in den es militaristische Blindheit und nationalistisches Maulheldentum hineingestossen hatten,

Drohender Verkehrskrieg zwischen Lettland und Polen.

Verschleppungsmethoden als Druckmittel in der Entschädigungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Seit langem wirbt Polen um Verbindete an der Ostsee, mit dem Hauptziel, eines Tages sich selbst an der Spitze eines baltischen Staatenbundes zu sehen. Man kann nicht sagen, dass die Polen im Norden und Süden des baltischen Raumes viel Glück mit diesem Werben gehabt hätten: Finnland hat den Gedanken einer Bindung mit Polen längst und endgültig aufgegeben, und bei Litauen müsste es eher heissen: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Auf die propolnische Stimmung in Estland glaubt man sich in Warschau verlassen zu können, da der Bündnisgedanke durchaus zur Tradition der estländischen Aussenpolitik gehört. Auch ist der estländische Minister des Aeussern, Rebane, ein zuverlässiger Polenfreund.

Die lettlandisch-polnischen Beziehungen sind wesentlich anderer Art, als die der übrigen Ostseeländer zu Polen. War hat sich darin Jahre hindurch ausgesprochen potentfreundlich, so hat sich Riga manches geändert, nicht zuletzt infolge von zwei unregelmässigen Fragen: über den lettlandisch-polnischen Eisenbahnverkehr und über die Entschädigung polnischer Grundbesitzer, die von der lettlandischen Agrarreform betroffen worden sind. Ist eine Verständigung noch nicht erfolgt.

Vor einiger Zeit teilte die lettlandische Regierung der polnischen mit, dass Lettland den Vertrag über die lettlandisch-polnischen Eisenbahnverbindungen nicht mehr verlängern wolle. Die Antwort Polens ist jetzt eingetroffen; es wird vorgeschlagen, den provisorischen Vertrag bis zum 1. Januar 1929 zu verlängern. In Riga ist man der Ansicht, dass die neue Hinausschiebung jeglicher Grundlage entbehre, — zumal da die Berner internationale Konvention, die auch von Polen ratifiziert worden ist, am 1. Oktober in Kraft tritt. Um indessen keine Unterbrechung im Verkehr zwischen Polen und Lettland eintreten zu lassen, soll der Verkehr noch auf einen Monat, bis zum 1. November, verlängert werden, aber nur unter der Bedingung, dass bis zum 15. Oktober eine polnisch-lettlandische Eisenbahnkonferenz stattfindet. Sollte Polen diesen Vorschlag nicht annehmen, so würde am 1. Oktober bis zum Abschluss eines endgültigen Vertrages

der Eisenbahnverkehr zwischen Lettland und Polen unterbrochen werden.

Den Schlüssel zu dieser Verschleppungspolitik Polens, durch die am allermeisten Polens eigene Wirtschaft leidet, gibt die noch ungelöste Entschädigungsfrage polnischer Grundbesitzer, die in Lettgalen, dem südöstlichen Zipfel Lettlands, ansässig waren. Polen will durch Sabotierung der Verkehrsregelung einen Druck in der Entschädigungsfrage ausüben, die aber keine politische, sondern eine rein wirtschaftlich-juristische Frage ist. Polen ist bei der Regelung dieser Sache, in der die Eigentumsinteressen von einigen wenigen, aber offenbar einflussreichen Leuten tangiert sind, zum allermindesten ebenso interessiert wie Lettland.

Bis zum Jahre 1925 war die lettlandische Aussenpolitik für ein Bündnis mit Polen eingetreten, bis der unvergessene lettlandische Minister des Aeussern, Meierowicz, das Steuer herumdrehte, da er klar die Gefahr eines von Polen geführten baltischen Blocks für sein Land erkannte. Was der tragisch um Leben gekommene Staatsmann nicht mehr vollenden konnte, erreichte sein Nachfolger, der Sozialdemokrat Felix Zielenz, Aussenminister im Linkskabinett Skjueeneek: eine völlige Abkehr von Polen, zugunsten von Russland. Als nach einem Jahr Zielenzsches Regimentes das bürgerliche Kabinett Juraschewski ans Ruder kam, konnte man bald wieder eine beginnende Aktivität der polnischen Politik bemerken.

Heute ist Polens Werkarbeit wieder in vollem Gange. Ohne Zweifel rechnet man dabei in Warschau mit dem zuverlässigen Polenfreund Ulmanis, dem Führer des lettischen Bauernbundes, der im neuen Landtag eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Eine wichtige Frage ist es, wie schwer England zu den polnischen Bemühungen im baltischen Gebiet steht. Sicher nicht ablehnend. Ohne Absicht wird es nicht gewesen sein, dass die Engländer einen ihrer schärfsten Sowjetgegner, Addison, im Frühjahr zum Gesandten in Lettland gemacht haben.

einigermassen wieder herauszuziehen. In der Versammlung sah man, erzählte der Berichterstatter der „Kreuz-Zeitung“, Kaufleute und Stahlhelfer, Frauen und Mädchen, Studenten, Arbeiter und einen der spaziergehenden Hohenzollernsöhne, und alle waren begeistert und von der Sehnsucht erfüllt, Deutschland von den Franzosen und von den Republikanern zu befreien. Offenbar entging es, beim Donnerhall der Militärmärsche, diesen Kaulleuten und den angeblichen Arbeitlern, dass die meisten der Führer auf dem Podium sie zwar hier als Kameraden begrüsst, aber es für unvereinbar mit ihrer Würde halten, in einen bürgerlichen Beruf hinunterzusteigen, etwa selbst „Koofmich“ zu werden und sich, ohne Helm und Tressen, kameradschaftlich in die arbeitende Armee einzureihen. Die strategische Idee, durch einen Volksentscheid die Verfassung umzuwerfen, ist wunderhübsch, und besonders freut es uns, dass die Deutscheationalen, die aus Furcht vor der noch lauter schreienden Konkurrenz jede Dummheit mitmachen, sich an diesem Unternehmen beteiligen wollen. Obgleich sie auf den Beistand der Kommunisten rechnen dürfen, werden sie, nach all ihren geschwollenen Redensarten, wie Sancho Pansa, der auf seinem Esel hinter Don Quichotte hertraben musste, mit geschwollener Backe nach Hause kommen. Aber ein bisschen gewissenlos erscheint es, dass man mit wilder Agitation — wer könnte sie sich nicht bereits ausmalen? — und Arm in Arm mit den Rötisten der Roten das Land aufwiehlen, die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, die Parteigeister gegeneinander hetzen will, um einen Volksentscheid zu inszenieren, über dessen Ergebnis sich doch selbst der verborteste Fanatiker keine Illusionen macht. Es ist für ein solches Schalten und Walten wirklich keine genügend moralische Entschuldigung, dass die Abgrundstrategen

hoffen, in der Tiefe, in die Deutschland abermals hineinsinken könnte, ihre verlorenen Glanzattribute wiederzufinden, wie Spiegelberg im Abgrund der Inflation das Geld, das Geld des ruinierten Mittelstandes, aufgefressen hat. Zwischen den feurigen Schwüren in der Hasenheide, die dem Umsurz der Verfassung, dem selbstverständlich legalen, galten, wurde die deutsche Aussenpolitik zornig gebrandmarkt, und Franzosen und Engländer wurden durch die Gewalt der Kommandostimmen erledigt, wie einst die Feinde Israels durch die Posaunen von Jericho. Leider lebten sie am andern Morgen dann immer noch.

Es ist hier schon ein paarmal mit aller nötigen Offenheit gesagt worden, dass die Mitwirkung der deutschen Nationalisten und Militaristen beim Kampf für sehr erstrebenswerte Ziele nur hinderlich sein kann. Das richtet sich nicht gegen die Persönlichkeiten, sondern es handelt sich um Bedenken grundsätzlicher Art. Wenn man die Befreiung des Rheinlandes fordert, würde man gern die lärmende Beteiligung derjenigen entbehren, die mindestens Belgien und das französische Erzbecken einstecken wollten und immer predigten, Macht gehe vor Recht. Wenn man konstatiert, dass die französischen Militärs und die fremden Zivilbeamten sich sträuben, die komfortablen Villen auf den Rheinufern und das ganze Herrenleben im besetzten Gebiete aufzugeben, empfindet man die Proteste von Leuten, denen das Etappenleben auch gefiel, als einigermassen unbecom. Wenn man, wie wir, die Versailler Schuldthese, die These von der alleinigen deutschen Schuld und dem lange geplanten Eroberungskriege, mit sachlichen Argumenten und aus der Verborgenheit hervorgezogenen Dokumenten zu widerlegen versucht, muss man es als eine Arbeitsstörung ansehen, dass aus den Kreisen, die so begierig nach dem Stahlbad des Krieges gerufen haben, nun mit kolossaler